

*Herausgegeben von
Frank Bösch, Stefanie Eisenhuth,
Hanno Hochmuth und
Irmgard Zündorf*

PUBLIC HISTORIANS

Zeithistorische Interventionen
nach 1945

Wallstein

Public Historians

Public Historians

Zeithistorische Interventionen
nach 1945

Herausgegeben von
Frank Bösch, Stefanie Eisenhuth,
Hanno Hochmuth und Irmgard Zündorf

WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2021
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond und der Raleway
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
Lithografie: Schwab Scantechnik, Göttingen
ISBN (Print) 978-3-8353-5032-8
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4748-9

Inhalt

FRANK BÖSCH, STEFANIE EISENHUTH, HANNO HOCHMUTH UND IRMGARD ZÜNDORF Vorwort	9
---------------------------------------------------------------------------------------------	---

Öffentliche Geschichte im Wandel

FRANK BÖSCH <i>Public Historians.</i> Öffentliche Interventionen der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft seit 1945	17
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

JÜRGEN KOCKA Zum politischen Nutzen der Historie. Wandlungen im Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Politik	41
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

KONRAD H. JARAUSCH »The Truth about America«. Ein Kampf um die Seele der Vereinigten Staaten	52
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

THOMAS LINDENBERGER Der Verschleiß der öffentlichen Geschichte. Ein Versuch über die Grenzen der Diktaturaufarbeitung	63
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

CHRISTOPH KLEßMANN Verspätetes Erinnern. Anmerkungen zur Historiografie und zur Public History des Warschauer Aufstandes in Deutschland	76
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

DOMINIK RIGOLL <i>Public History</i> von links nach rechts. Zur De:Nationalisierung des Zeithistorischen in Besatzungszeit und Bundesrepublik	88
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

ANDRÉ STEINER »It's the economy, stupid!« Warum Wirtschaftshistoriker in der Bundesrepublik erst mit der Finanzkrise 2008 zu <i>Public Historians</i> wurden	106
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

ACHIM SAUPE

- »Jedes Denkmal ist eben eine Versteinerung ...«
 Reinhart Kosellecks Zeitschichten-Paradigma
 und die Erinnerungskultur 116

ANDREAS LUDWIG

- Gegenwart als historisches Ereignis.
 Akzidentielles Sammeln in Museen, Bibliotheken und im Privaten . . . 131

ANJA TACK

- Potsdam imaginiert.
 Die Neuerfindung von urbaner *Public History* seit 1989/90 144

KRISTIN MEIßNER

- »Berlin im Umbruch«.
 Stadtentwicklung als Geschichtspolitik in Berlin nach 1990 162

Akteure

TILMANN SIEBENEICHNER

- Ernst von Salomon: Ein Dandy aus Deutschland? 177

MARIO KEßLER

- Ein Außenseiter als Wegweiser.
 Isaac Deutscher zwischen Zeitgeschichte und Politik 187

JUTTA BRAUN

- Karl Dietrich und Theodor Bracher.
 Die biografische Dimension der »Auflösung
 der Weimarer Republik« 199

JAN CLAAS BEHREND

- Vergangene Illusionen, entschiedene Interventionen.
 François Furet, die Revolution und der
 europäische Kommunismus 212

PETER ULRICH WEIß

- Die übergangene Profession.
 Historiker zu Gast bei Günter Gaus 224

RENÉ SCHLOTT

- Autor, Kritiker und Aufklärer.
 Raul Hilberg in deutschen Vergangenheitsdebatten 237

RÜDIGER HACHTMANN Zwischen Fachwissenschaft und Vergangenheitspolitik. Reinhard Rürup	247
RÜDIGER GRAF Geschichte wird gemacht. Helmut Kohl als <i>Public Historian</i>	260
CHRISTOPH CLASSEN Zwischen Hölle und Erlösung. Topoi sowjetischer Kriegsgefangenschaft in populären Darstellungen von Kosalik bis Knopp	273
THOMAS SCHAARSCHMIDT Ein Kunstprojekt macht Geschichte. Gunter Demnigs Stolpersteine	288
CHRISTINE BARTLITZ »Aus den Akten auf die Bühne«. Eine Historikerin bringt Quellen im Theater zum Sprechen	301
JENS GIESEKE »My attempt to help defend our republic.« Trump – Snyder – Twitter.	318
 Debatten	
CHRISTOPHER NEUMAIER Konstruktion eines historisch gewachsenen »Bollwerks«. Familie und Geschlechterrollen im Blickfeld konservativer <i>Public Historians</i> in der frühen Bundesrepublik	339
HANNO HOCHMUTH <i>Public History</i> als Talkshow. Die Debatte um die Alltagsgeschichte im Fernsehen (1984)	351
RALF AHRENS Public Business History? Unternehmensgeschichte und Aufarbeitungskonjunkturen	363
JÜRGEN DANYEL Die Moral von der Geschichte. Wiederbegegnung mit einem Text	373

STEFANIE EISENHUTH

Talking about a Revolution.

Die öffentliche Erinnerung an »1989« im Wandel 384

IRMGARD ZÜNDORF

Public Historians in der Politikberatung.

Die Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 401

DOMINIK JUHNKE

»Unser bestes Pferd im Stall«.

Public Historians im Einsatz für ein Glockenspiel 413

WINFRIED SÜß

»Um Erbe und Ehre«.

Der Streit über das Hohenzollernvermögen

als Skandal und Lehrstück. 429

Autorinnen und Autoren 445

Vorwort

FRANK BÖSCH, STEFANIE EISENHUTH, HANNO HOCHMUTH
UND IRMGARD ZÜNDORF

Historiker*innen setzen nicht nur durch ihre Lehre und ihre wissenschaftlichen Schriften Akzente, sondern finden immer wieder auch öffentlich Gehör. Mal greifen Redaktionen ihre Thesen und Erkenntnisse auf, mal erreichen historiographische Publikationen eine breite Leserschaft jenseits des Fachpublikums. Oft engagieren sich Historiker*innen aus ihrer Forschung heraus. Besonders Beiträge in überregionalen Zeitungen gelten als ihr bevorzugtes Medium, ebenso Interviews und Podiumsdiskussionen, zunehmend auch Posts in Sozialen Medien. Im Zentrum stehen zu meist Fragen der Erinnerungskultur, insbesondere zum Umgang mit dem Nationalsozialismus und der Shoah, mit der Geschichte der DDR sowie inzwischen immer stärker mit dem kolonialen Erbe. Zudem ist ihre Expertise gefragt, wenn es um eine Historisierung und Kontextualisierung geht, um die Analyse der Genese gegenwärtiger Probleme und um eine vergleichende Einordnung. Hier finden ihre öffentlichen Interventionen Aufmerksamkeit. Wenngleich die Geschichtswissenschaft für die Vergangenheit zuständig ist, kann sie die Urteilskraft für die Bewertung von Gegenwart und Zukunft schärfen. Gerade ihre Distanz zur Gegenwart ermöglicht ihr eine Einordnung zeitgenössischer Phänomene jenseits tagespolitischer Kurzsichtigkeit.

Dieser Band spürt dem öffentlichen Wirken von Historiker*innen im weitesten Sinne nach. Einige der folgenden Essays widmen sich einem Ereignis, einem Themenfeld oder einem Ort, an dem Geschichte öffentlich verhandelt wurde, und fragen nach der Rolle, die Historiker*innen dabei spielten. Andere Essays gehen von konkreten Personen aus, die aufgrund ihrer historischen Expertise öffentlich Position bezogen. Im Mittelpunkt stehen Wissenschaftler*innen und die Resonanzräume, in denen sie wirkten. Dass Historiker*innen öffentlich wirkten, wird dabei nicht vorausgesetzt. Stattdessen fragen die Autor*innen, inwieweit und unter welchen Bedingungen dies der Fall war. Viele Beiträge unterstreichen zugleich die Grenzen öffentlichen Engagements, das stets gewissen Konjunkturen unterlag, und blicken kritisch auf Inhalte und Akteur*innen.

Auch die sich wandelnden medialen Logiken werden danach befragt, wie sie das öffentliche Auftreten von Historiker*innen beeinflussten.

Einige Texte reichen über das engere Feld der Geschichtswissenschaft hinaus und blicken auch auf historisch argumentierende Politiker*innen und Aktivist*innen, Journalist*innen und Autor*innen, Vertreter*innen anderer Disziplinen oder Zeitzeug*innen. Denn auch sie können zum Kreis der *Public Historians* zählen, wenn sie in historischen Diskursen öffentlich agieren. Nur am Rande geht es hingegen um die bereits andernorts umfangreich dokumentierten Fachdiskussionen der Zunft, die von der Fischer-Kontroverse über *den* Historikerstreit bis hin zur Debatte über das Auswärtige Amt reichen, um stattdessen weniger vertraute Beispiele zu behandeln. Die deutsche Entwicklung wurde dabei bewusst in den Mittelpunkt gestellt.

Der Anlass für dieses Buch ist ein besonderer und eng mit diesem Thema verbunden: Es ist Martin Sabrow gewidmet, der wie kaum ein zweiter Historiker über sein wissenschaftliches Œuvre hinaus immer wieder auch in die Gesellschaft hineinwirkt – sei es über Interviews und Zeitungsbeiträge, über politische Beratungen und Gespräche, die Beteiligung an Ausstellungen oder Podien und natürlich über Vorträge, die sich an ein breites Publikum jenseits der akademischen Zunft richten. Denn obwohl er immer wieder betont, dass Historiker*innen nicht die Akteur*innen, sondern die Analyst*innen der Geschichte seien, greift er doch auch aktiv ein. Potsdam und Berlin sind nicht nur seine akademische Heimat, sondern zugleich Orte, an denen er regelmäßig die Debatten zur Erinnerungskultur mitprägt. Ob über das Erbe der Hohenzollern oder über die Zukunft der DDR-Erinnerung diskutiert wird – Martin Sabrow ergreift in der Öffentlichkeit immer wieder kritisch Stellung und befürwortet nicht selten unkonventionelle Lösungsansätze. So zum Beispiel, wenn er die Zukunft der preußischen Garnisonkirche mit der des benachbarten Mosaiks »Der Mensch bezwingt den Kosmos« am DDR-Rechenzentrum verbindet und für ein Nebeneinander plädiert.

Als *Public Intellectual* debattiert und publiziert Martin Sabrow in regionalen wie in internationalen Medien. Seit Jahrzehnten leitet er die »Helmstedter Universitätstage«, die im ehemaligen deutsch-deutschen Grenzgebiet jährlich aktuelle historische Themen verhandeln. Mit großem Engagement wirkt Martin Sabrow zudem in zahlreichen Beiräten von führenden geschichtskulturellen Einrichtungen wie der Stiftung Haus der Geschichte, dem Deutschen Historischen Museum oder der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Er berät aber nicht nur Museen und Gedenkstätten, sondern auch die Politik. Zudem leitete er die sogenannte Sabrow-Kommission und wirkte an der Weiterentwicklung des Ge-

denkstättenkonzeptes des Bundes mit, als Mitglied der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) diskutierte er über deren Überführung bzw. Umwandlung, und als Experte im Beratungsgremium der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien gibt er Empfehlungen für die Verteilung von Bundeskulturmitteln. Dabei interessieren ihn wissenschaftliche Anträge der Fachkolleg*innen oder Promotionsideen ebenso wie die Beiträge von Schüler*innen im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. Immer wieder wird deutlich, dass er diese am liebsten direkt diskutieren würde.

Da Martin Sabrow im Dezember 2021 als Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und als Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) in den Ruhestand geht, widmen wir ihm diese Sonderausgabe des von ihm ins Leben gerufenen Potsdamer Almanachs zur Zeitgeschichte. Alle Beiträge stammen von Kolleg*innen des ZZF, mit dessen Geschichte Martin Sabrows akademische Vita eng verbunden ist. 1993 hatte er als Studienrat am Berliner Rathenau-Gymnasium gerade frisch über den Mord an Walther Rathenau promoviert, als er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Potsdam seine Arbeit aufnahm. Über seine Habilitationsschrift zur DDR-Geschichtswissenschaft hinaus entwickelte er gemeinsam mit seinen ZZF-Kolleg*innen am Neuen Markt neue Impulse für die Erforschung der Geschichte der DDR und des Kommunismus. Es war wohl auch das harte, öffentliche Ringen um diese Vergangenheit, das Martin Sabrow dazu veranlasste, sich stets auch mit der Präsenz von Geschichte in der Gegenwart zu beschäftigen. Die historische »Meta-Reflexion« wurde zu einem seiner Leitbegriffe.

Ende 2004 übernahm Martin Sabrow die Leitung des ZZF – zunächst zusammen mit dem bisherigen Direktor Konrad H. Jarausch, dann einige Jahre alleine und schließlich seit 2011 gemeinsam mit Frank Bösch. Martin Sabrow leitete das Institut dabei in einer entscheidenden Phase, im Übergang von der projektförmigen DFG-Finanzierung hin zum Bund-Länderfinanzierten Leibniz-Institut. Damit konturierte er maßgeblich die inhaltlichen Schwerpunkte sowie den Aufbau der Forschungsabteilungen und gewann Wissenschaftler*innen, die bis heute die Arbeit des Instituts prägen. Er meisterte sowohl die thematische Erweiterung der DDR-Forschung auf die deutsche Geschichte im europäischen Kontext als auch die räumliche Expansion des anfangs sehr beengten Institutsgebäudes.

Martin Sabrow ist ein Direktor, der häufig das beratende Gespräch sucht. So richtete er verschiedene Gremien zum Austausch mit den Mitarbeiter*innen ein, wie sie kaum an anderen Instituten bestehen. Er scheut

keine Diskussionen und hört sich stets mit großer Geduld auch Gegenpositionen an, um seine Entscheidungen abzuwägen. Entsprechend hielt er auch am Prinzip der Doppelspitze fest, die dieses Ringen um die besten Entscheidungen im Konsens institutionalisierte. Sein Medium der persönlichen Kommunikation ist dabei besonders das Telefon, vorzugsweise aus dem Auto, wenn er mit entspannter Beschleunigung zum nächsten Vortrag eilt. Im Unterschied zu anderen Kolleg*innen macht Martin Sabrow keinen Bogen um Verwaltungssitzungen. Vor allem in der Leibniz-Gemeinschaft engagiert er sich vielfältig, sei es in der geisteswissenschaftlichen Sektion oder bei Grundsatzfragen im Austausch mit dem Präsidium. Dass er maßgeblich den Leibniz-Forschungsverbund »Historische Authentizität« aufbaute und leitete, unterstreicht dieses Engagement, das nun mit dem neuen Leibniz-Forschungsverbund zum »Wert der Vergangenheit« fortgesetzt wird.

Am Institut und in der Öffentlichkeit wirkt er vor allem durch kluge Interventionen, sei es bei internen Vorträgen im Kolloquium oder bei öffentlichen Debatten. Seine eigenen Forschungsschwerpunkte, die Geschichte der Weimarer Republik und der DDR sowie der Wandel der Geschichtswissenschaft und der Geschichtskultur, prägte er mit neuen, vielzitierten Begriffen. Seine Sprache bleibt in Wort und Schrift elegant und präzise. Oft spürt man beim Lesen seine Begeisterung für die Literatur. Entsprechend wurde seine Biographie über den jungen Erich Honecker mit dem Golo Mann-Preis ausgezeichnet, der wissenschaftliche Werke würdigt, die nicht nur einen substanziellen Beitrag zur geschichtswissenschaftlichen Forschung leisten, sondern deren Stil zugleich literarische Ansprüche erfüllt.

Seit über einer Dekade ist Martin Sabrow Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. In analogen Zeiten begann die Lehrstuhlrunde oft mit einer gekonnt vorgebrachten Anekdote – direkt aus dem Alltag gegriffen und stets mit einem Augenzwinkern erzählt, dienten sie Martin Sabrow als Ausgangspunkt, um über die Präsenz des Vergangenen in der Gegenwart zu sprechen. Mal war es eine Statue auf dem Weg vom Tiergarten zum Institut, mal ein Artikel im *Tagesspiegel*, der einen willkommenen Anlass bot, in vertrauter, kleiner Runde und stets bei Tee und Kuchen über unsere Geschichtskultur zu reflektieren. Mochte der Alltag zwischen Universität und Institut auch noch so hektisch sein, für dieses »Impulsreferat« mit anschließender Diskussion war immer Zeit – musste immer Zeit sein, auch wenn vor dem Büro schon viele Gäste unruhig auf ihren Gesprächstermin warteten. Oft bildete das wöchentliche »Fundstück« dann den Auftakt seines Seminars. Denn stets sollten die Studierenden sehen: Ein Blick in die Vergangen-

heit kann uns helfen, die Gegenwart besser zu verstehen. Aus den Alltagsbeobachtungen schöpft Martin Sabrow seine Inspiration und seine Fragen an die Geschichte. Wenn er verschmitzt von ihnen berichtet und sie wortgewaltig analysiert, dann wird seine Leidenschaft für das eigene Tun sofort deutlich. Dabei ist es ihm wichtig, möglichst die kritische Meinung von allen Lehrstuhl- und Instituts-Angehörigen zu seinen Gedanken zu hören – unabhängig von Alter und Status.

Wenn man liebt, was man tut, und der Beruf zugleich Berufung ist, dann lässt einen die Geschichte auch nach Feierabend nicht los. Dann führt die Urlaubsreise ganz zufällig in die frühere Heimat Honeckers und der Wochenendausflug zu dessen einstigem Jagdgebiet. Genau diese Recherchen sind es wiederum, die seine Publikationen auszeichnen und dafür sorgen, dass sie sich teils so spannend wie ein Krimi lesen: Welchen Film sah Honecker, bevor er im Februar 1934 von der Gestapo vor der »Lichtburg« in Essen verhaftet wurde, und warum erfolgte deren Zugriff ausgerechnet dort? Wohin ging er, nachdem er am 6. März 1945 zusammen mit Erich Hanke aus der Gefangenschaft hatte fliehen können? Und wer genau war diese Charlotte Schanuel, bei der er sich versteckt? Zur Beantwortung solcher Fragen wurden alte Adressbücher und Zeitungen gewälzt, Standesämter in ganz Berlin abtelefoniert, Dorfchronisten kontaktiert oder auf dem Fahrrad eine Wegstrecke rekonstruiert und dabei die Zeit gestoppt. Dabei geht es Martin Sabrow nicht darum, der Ereignisgeschichte noch ein winziges Detail hinzuzufügen. Ihm geht es vielmehr darum, die Sinnwelt seiner Protagonisten, die er rekonstruieren will, ihr Denken und Handeln, ihr »biographisches Gepäck« besser verstehen zu können – seien es die Verschwörer gegen Rathenau, die Historiker an der Akademie der Wissenschaften der DDR oder der junge Erich Honecker. Martin Sabrow sucht sich seine Themen als empathischer Zeitgenosse und neugieriger Beobachter, unbeirrt von Trends und Antragslogiken.

Ein ganz besonderes Interesse gilt dabei Berlin. Die reichhaltige Geschichts- und Erinnerungslandschaft der deutschen Hauptstadt hat den gebürtigen Kieler stets begeistert und nach dem Studium in Marburg zum Referendariat nach West-Berlin gelockt. Schon 1981 wirkte Martin Sabrow an der legendären Preußen-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau mit, die den Anfang des Memory Booms in Berlin und darüber hinaus begründete. Zudem engagierte er sich im Berliner Gedenktafelprogramm und trug auf diese Weise selbst dazu bei, die Berliner Erinnerungslandschaft um historische Markierungen zu erweitern. In eigenen Zeitungsbeiträgen stritt er über die Benennung Berliner Straßen, wobei er sich meist für den Erhalt und die historische Kontextualisierung problemati-

scher Straßennamen einsetzte, um die Berliner*innen für ihre schwierige Vergangenheit zu sensibilisieren. Auch hier gilt, dass es Martin Sabrow vor allem um die Debatte geht. Das engagierte Ringen um die Erinnerung bewertet er als eine wichtige Errungenschaft unserer demokratischen Geschichtskultur. Dabei betont Martin Sabrow jedoch stets die prinzipiellen Unterschiede zwischen Geschichtskultur, Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft. So sehr sich die Sphären gegenseitig stimulieren, beharrt er zugleich auf der Autonomie der Geschichtswissenschaft, die frei von politischer Beeinflussung sein sollte. Die Freiheit der Wissenschaft ist für Martin Sabrow das höchste Gut, für das er wie zuletzt im Hohenzollernstreit stets öffentlich eintritt.

Sein Wirken als Historiker in der Öffentlichkeit trug mit dazu bei, dass er entscheidend an der Institutionalisierung der *Public History* in Deutschland beteiligt war. Im Winter 2005 entwickelte er zusammen mit Paul Nolte die Idee, an der Freien Universität Berlin in enger Kooperation mit dem ZZF den ersten *Public History*-Studiengang an einer deutschen Universität einzurichten. Der Masterstudiengang, der zum Wintersemester 2008/09 aufgenommen werden konnte, entwickelte sich zu einem einzigartigen Erfolgsmodell und inspirierte inzwischen weitere Universitäten an verschiedenen Standorten. Berlin und Potsdam sind jedoch auf ganz besondere Weise prädestiniert, um sich mit Fragen der *Public History* auseinanderzusetzen. An kaum einem anderen Ort wird so eifrig über Geschichte debattiert. Es ist daher kein Zufall, dass Berlin und Potsdam die beiden wichtigsten Wirkungsstätten von Martin Sabrow sind. Als überzeugter *Public Historian* hat er der *Public History* in Deutschland zum Durchbruch verholfen. Nicht zuletzt deshalb ist ihm dieses Buch* über *Public Historians* gewidmet.

* Wir danken Christin Haubenreißer, Josephine Eckert, Carolin Kulling, Judith Koettnitz, Beate Schiller und Lars Hübner für die Unterstützung beim Lektorat dieses Bandes.

Öffentliche Geschichte im Wandel

Public Historians

Öffentliche Interventionen der bundesdeutschen
Geschichtswissenschaft seit 1945

FRANK BÖSCH

Im Jahr 1959 ging der WDR auf die Suche nach Historikern, die bei der 14-teiligen Fernseh-Dokumentation *Das Dritte Reich* mitwirken könnten. Trotz hoher Honorare wurde der Sender kaum fündig. Ein Wissenschaftler weigerte sich etwa, ein Thema wie die Gleichschaltung der Universitäten in zwei bis drei Minuten abzuhandeln, und verlangte mindestens eine Viertelstunde Sendezeit für sein Statement. Auch eine Fachberatung der Sendereihe wollten die damaligen Doyens der Zeitgeschichte nicht übernehmen und empfahlen stattdessen den 29-jährigen Tübinger Zeithistoriker und Hans Rothfels-Schüler Waldemar Besson, der »kürzlich an der Universität Tübingen eine ›Geschichte des Dritten Reiches‹ gelesen« habe, also eine Vorlesung dazu abhielt.¹ Besson sagte zu und beteiligte sich am Drehbuch, der Begleitung der öffentlichen Reaktionen und an der internationalen Präsentation der Serie.

Das Beispiel verdeutlicht das komplexe Verhältnis zwischen der damaligen Geschichtswissenschaft und der Medienöffentlichkeit. Biographische Befangenheiten dürften nach 1945 zu Absagen geführt haben, ebenso die kulturkritische Distanz vieler Geschichtsprofessoren zum damals neuen Medium Fernsehen. Denn es erforderte Kommunikationsregeln, die für die damaligen Wissenschaftler ungewöhnlich waren, schränkte die Kontrolle über den Kontext und die Auswahl ihrer Worte ein und sprach ein vielschichtiges Publikum an. Das Beispiel von 1959 zeigt zudem, dass *Public History* nicht allein die Verbreitung erforschten Wissens bedeutet. Vielmehr trug das Fernsehen in diesem Fall Fragen und Themen an die Historiker heran, die sie bisher kaum bearbeitet hatten, was mitunter verunsicherte oder neue Forschungen anstieß.² Markant war die generationsspezifische Reaktion: Mit Besson trat eine jüngere Generation hervor, die sich über ein neues Medium öffentlich und im Fach positionierte. Dies konnte ihre Position im historischen Feld beeinflussen. Besson erhielt rasch Rufe und reüssierte als Autor zahlreicher Presseartikel und historischer Bücher. Seine Prominenz und Medienexpertise wuchs so sehr, dass er 1971 öffentlich als CDU-Kandidat für die ZDF-Intendanz

galt.³ Dies deutet an, dass der Weg in die Öffentlichkeit auch aus der akademischen Zunft herausführen konnte, was einigen als Chance, vielen eher als Risiko erschien.

Der folgende Beitrag geht der Frage nach, wie sich Historikerinnen und Historiker seit 1945 in der Öffentlichkeit positionierten und politisch intervenierten. Er fragt, wie historische Einschnitte das jeweilige öffentliche und politische Engagement beeinflussten – sei es der Nationalsozialismus, die 68er-Proteste, die Neue Ostpolitik, die deutsche Einheit 1990 oder die Migrationsdebatte ab 2015. Auf diese Weise sollen auch die Struktur, das Selbstverständnis und öffentliche Bild der Historikerzunft im Medienwandel verhandelt werden. Bereits die Tatsache, dass lange fast nur Männer als *Public Historians* auftraten, wirft die Frage auf, wer sprach und wer Gehör fand. Dabei verzichtet dieser Artikel bewusst auf eine erneute Rekapitulation der bekannten öffentlichen Geschichtskontroversen, die von der Fischer-Kontroverse über *den* Historikerstreit von 1986 bis hin zur Debatte um die Studie zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes reichen und bereits vielfach dargestellt wurden.⁴ Stattdessen richtet sich der Fokus auf den weniger bekannten Wandel gesellschaftlicher und politischer Positionierungen von Historiker*innen jenseits von Hörsaal und Fachkommunikation.

Im »Gummimantel«: Historiker in der Ära Adenauer

Das öffentliche Agieren von Historiker*innen ist kein Phänomen der Zeitgeschichte. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts traten bekanntlich viele renommierte Historiker engagiert in öffentlichen Foren auf, sei es in politischen Gremien, der tagespolitischen Publizistik oder durch Vorträge vor einem breiten Publikum. Historiker wie Heinrich Sybel oder Johann Gustav Droysen saßen bereits in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Heinrich von Treitschke oder Theodor Mommsen im kaiserzeitlichen Reichstag. Sie positionierten sich öffentlich über ihre Forschungsgebiete hinaus und nicht nur beim Antisemitismusstreit 1879/80 auch gegeneinander. Zahlreiche Historiker setzten aus ihren Fachgebieten heraus öffentliche, politische Akzente – etwa Gustav Schmoller in der Sozialpolitik oder Hans Delbrück zu militärischen Fragen wie der Flottenausrüstung.⁵ In der Weimarer Republik führten viele Historiker dieses Engagement fort, sei es im Kampf gegen die »Kriegsschuldfrage« oder als »Vernunftrepublikaner« für die Demokratie. Die Figur des öffentlich intervenierenden Historikers war damit frühzeitig ausgebildet. Bereits in den 1950er Jahren reflektierte die Geschichtswissenschaft

die öffentliche Rolle der kaiserzeitlichen Historiker. Diese im Kaiserreich sozialisierten Väter der Zunft dürften auch das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein jener Historiker geprägt haben, die in der frühen Bundesrepublik als führende Köpfe der Zunft galten.⁶

Allerdings knüpften nach 1945 nur wenige Historiker an diese intervenierende Rolle an. Bekannte Geschichtsprofessoren fanden sich weder im Bundestag, noch traten sie bei den großen Debatten der Ära Adenauer als Kritiker hervor, etwa zur Wiederbewaffnung, Westbindung oder zur Ausgestaltung der Demokratie. Die nationalsozialistische Vergangenheit vieler Wissenschaftler trug sicher dazu bei, dass manche die Öffentlichkeit eher scheuten und sich auf die akademische Öffentlichkeit beschränkten. Wenngleich nur eine Minderheit Hitler und die NSDAP euphorisch öffentlich unterstützt hatte (wie Gustav Adolf Rein, Günther Franz, Wilhelm Mommsen oder Herbert Grundmann) oder sich durch Denkschriften dem Regime angedient hatte,⁷ führte ihre angepasste Haltung vor 1945 nun zu einer gewissen Zurückhaltung.

Einflussreiche demokratische Historiker, die wie Hajo Holborn oder Hans Rosenberg emigrieren mussten, kehrten nach 1945 nicht nach Deutschland zurück und fehlten als mögliche kritische Wortführer im Wiederaufbau. Es ist bezeichnend, dass in Axel Schildts umfangreicher Studie über »Medienintellektuelle« der 1950/60er Jahre so gut wie keine Historiker*innen aufgeführt werden.⁸ Die neuen intellektuellen Leitfiguren, die über Rundfunk und Publizistik Akzente setzten, kamen eher aus der Soziologie (wie Theodor Adorno oder Helmut Schelsky) oder der sich formierenden Politikwissenschaft (wie Theodor Eschenburg oder Ernst Fraenkel). Dagegen sagte ein einflussreicher Historiker wie Theodor Schieder öffentliche politische Veranstaltungen oft ab – sogar eine Podiumsdiskussion mit Außenminister Heinrich von Brentano 1959. Hier zeigte sich eine elitäre Distanz zum politischen »Massenmarkt«. Eine »sachliche Argumentation« in der Öffentlichkeit, so Schieder, sei nicht möglich; Gespräche im kleinen Kreis mit Politikern oder auch politische Vorträge in der Provinz sagte Schieder hingegen zu.⁹

Dennoch agierten einzelne führende konservative Historiker, wie Gerhard Ritter oder Werner Conze, durchaus auch in politischen Kontexten öffentlich. Ritter appellierte bereits bei seiner Rede auf dem ersten Historikertag der Nachkriegszeit 1949 an die »politische Verantwortung des Historikers«, wobei er das öffentliche Auftreten in München als »Wagnis« umriss.¹⁰ Um die Nationalidentität zu stärken, trat er für ein positives Bismarck-Bild ein, was den ersten Reichskanzler von Hitlers Herrschaft abgrenzen sollte.¹¹ Generell stand Bismarcks Biographie im Zentrum der Medien der 1950er Jahre und bildete so einen Nukleus für öffentliche Posi-

tionierungen von Historikern.¹² Ritter unterstützte darüber hinaus frühzeitig einen deutschen Verteidigungsbeitrag, weshalb ihn die »Dienststelle Blank« bereits 1954 als Sachverständigen konsultierte. Vier Jahre später unterstützte er eine Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen.¹³ Dabei fiel es Ritter schwer, mit der zum Teil harten, öffentlichen Kritik an ihm umzugehen, die insbesondere nach seiner Veröffentlichung von Hitlers Tischgesprächen in der Illustrierten *Quick* spürbar wurde. 1954 schrieb er Theodor Schieder:

[...] der neue Historiker sitzt niemals unter einer Glasglocke, sondern muß durch Wind und Wetter der Zeit marschieren. Das bedeutet im Zeitalter der Massendemokratie, daß er ununterbrochen durch Dreckpfützen wadet, die ihn bespritzen. Um das zu überstehen, dazu gehört ein dicker Gummimantel von Wurstigkeit und guter Humor.¹⁴

Der »Gummimantel« gegen den Dreck der »Massendemokratie« unterstrich das elitäre Selbstverständnis.

Explizit politisch und anti-kommunistisch trat auch Werner Conze zunehmend auf. So sprach er als Redner bei CDU-Versammlungen und auf dem CDU-Bundesparteitag 1956 über »Die Ziele und Methoden der sowjetischen Politik«.¹⁵ Hier warnte er vor einer »unbekümmerten Sicherheit« gegenüber dem Bolschewismus: »der Feind wird nicht erkannt und ist nicht bekannt«, weshalb es eines jeden Pflicht sei, sich mit ihm vertraut zu machen.¹⁶ Vor der Gefahr des Kommunismus warnte Conze auch in seiner Bonner Rede 1959 zum 17. Juni, die in der FAZ sowie als Buch mit einem Vorwort von Konrad Adenauer erschien.¹⁷ Vier Jahre zuvor hatte bereits Gerhard Ritter in seiner Rede zum 17. Juni im Bundeshaus einen ähnlichen Ton angeschlagen. Ebenso engagierte sich Conze in Vereinigungen wie dem anti-kommunistischen »Kuratorium unteilbares Deutschland«, organisierte Feierlichkeiten zum 17. Juni und unterstützte die Arbeit der »Gesellschaft Deutschland-Sowjetunion« ab 1965. Sein Biograf Jan Dunkhase kam daher zu dem Schluss, dass Conze ein nationalgeschichtliches Wirken in die breite Öffentlichkeit wichtiger war als geschichtstheoretische Impulse.¹⁸

Eher vorsichtig und schrittweise suchte dagegen der Exilant Hans Rothfels den Weg in die Öffentlichkeit, obgleich auch er zu den Schlüsselfiguren der damaligen Zunft zählte. Bismarck blieb, neben der Würdigung des konservativen Widerstands, auch bei ihm ein wichtiger Bezugspunkt seines öffentlichen Wirkens. In seiner Rede zum 150. Geburtstag Bismarcks deutete er 1965 im Bundestag an, dass Bismarck und seine Zeit »eine nationale Gemeinschaftsform, frei von Hybris und Arroganz«,¹⁹

gewesen seien. Ebenso unterstützte Rothfels den Kurs von Adenauers Westbindung. Öffentliche Würdigungen schrieben Rothfels das Verdienst zu, durch seine Arbeiten zum Widerstand die Kollektivschuldthese sowie die Ahnenreihe »von Bismarck bis Hitler« widerlegt zu haben, wodurch er zur Rehabilitierung und Identitätsbildung der Deutschen beigetragen habe.²⁰ Dies unterstrich, was der aufgrund jüdischer Vorfahren ausgegrenzte Historiker nicht ansprach, nämlich anklagende Hinweise auf die damaligen Verfolgungen.

Nur wenige Historiker schrieben in der Ära Adenauer regelmäßig oder gar kritisch in der Tagespresse. Ausnahmen waren etwa der Kieler Professor Michael Freund, der der SPD nahe stand,²¹ und Golo Mann, der freilich erst 1960 eine Professur erhielt. Golo Mann hatte nicht nur als Sohn eines großen Schriftstellers einen Sonderstatus, sondern auch durch seinen aktiven Kampf gegen den Nationalsozialismus im Exil. Bis 1954 schrieb er regelmäßig in der *Schweizer Weltwoche* Kommentare zum Zeitgeschehen, etwa zur deutschen Außenpolitik oder zur Vereinigung Deutschlands und Europas, dann besonders im *Monat*, im *Merkur* und in der *Zeit*.²² Später nahm er Rezensionen wie zu einem neuen Buch von Arthur Schlesinger zum Anlass, sich zu aktuellen Fragen wie dem Vietnamkrieg zu positionieren.²³ Eine vergleichbare Rolle wie der US-Historiker Arthur Schlesinger oder gar Henry Kissinger als *Public Intellectuals*, die von Professuren in die Beraterstäbe der Präsidenten wechselten, nahm in der Ära Adenauer kein Historiker ein. Nur einzelne habilitierte Historiker, wie Gerhard Stoltenberg, wagten jung den vollständigen Wechsel in die Politik.

Neupositionierungen im generationellen Wechsel nach 1960

Um 1960 kündigte sich sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch im Geschichtsjournalismus ein Generationswechsel an, der gerade die Zeitgeschichte neu und kritischer im öffentlichen Raum verankerte. Nun rückten frisch promovierte Historiker in journalistische Positionen, die historische Themen setzten und die Fachwelt zu öffentlichen Reaktionen antrieben und provozierten.²⁴ Der Rothfels-Schüler Theo Sommer förderte etwa ab 1958 bei der *Zeit* Artikel zur Geschichte.²⁵ In der *Süddeutschen Zeitung* trat ab 1960 der promovierte Redakteur Albert Wucher hervor, etwa mit der siebenteiligen Artikelserie »Eichmanns gab es viele – Ein Dokumentarbericht über die ›Endlösung‹ der Judenfrage«. Vor allem der *Spiegel* setzte nun kritische zeithistorische Akzente. Das galt für die Artikel zur Neubewertung des Reichstagsbrandes 1933²⁶ ebenso wie etwa

für die lange Serie über die Geschichte der SS von *Spiegel*-Redakteur Heinz Höhne, die 1967 ebenfalls als Monographie erschien.²⁷ Auch der damalige Rundfunkjournalist Joachim Fest publizierte seine RIAS-Reihe über die NS-Führungselite 1963 unter dem Titel *Das Gesicht des Dritten Reiches* und legte damit den Grundstein für seine Karriere als »Zeithistorikerjournalist«, die in seiner Hitler-Biographie 1973 den Höhepunkt erreichte.

Im Fernsehen markierte die eingangs zitierte 14-teilige Serie *Das Dritte Reich* den Übergang zu einer *Public History* durch historisch arbeitende Journalist*innen, die die universitären Historiker zu öffentlichen Reaktionen herausforderten. Auch Gerichtsprozesse, wie insbesondere der Frankfurter Auschwitz-Prozess, zwangen die Historiker an den Universitäten dazu, sich öffentlich mit einer Expertise zu positionieren, die sie sich meist extra dafür aneignen mussten.²⁸ Zudem spitzten Journalist*innen, um geschichtspolitische Debatten zu forcieren, kritische Befunde von Historikern zu, etwa bei Fritz Fischers Buch *Griff nach der Weltmacht*, das die *Zeit* mit dem Wort »Alleinschuld« versah. Die Fischer-Debatte war dabei auch ein politischer Konflikt, der die Stellung der Historiker zur Nation und zur nationalen Meistererzählung im Zuge der einsetzenden Liberalisierung verhandelte.²⁹

Tatsächlich sorgten die journalistischen Impulse für eine neue Medienpräsenz der Fachhistoriker. Selbst im Fernsehen diskutierten sie nun über die Ursprünge des Ersten Weltkriegs oder kommentierten »Bismarcks Erbe« (WDR 1965).³⁰ Dabei betrat in den 1960er Jahren eine ebenfalls um 1930 geborene Generation kritischer Historiker die öffentliche Bühne.³¹ Hans Mommsen (Jg. 1930) positionierte sich seit seiner Replik auf die *Spiegel*-Artikel zum Reichstagsbrand regelmäßig im *Spiegel* und in der *Zeit* zu zeithistorischen Fragen. Immanuel Geiss (Jg. 1931) fand mit seiner Dissertation über den polnischen Grenzstreifen und die deutschen Ostpläne im Ersten Weltkrieg große öffentliche Aufmerksamkeit.³² Auch öffentlich erfolgreiche Studien von ausländischen Historikern, wie Saul Friedländers (Jg. 1932) Buch über Papst Pius XII. und den Nationalsozialismus, forderten die deutschen Medien und Geschichtswissenschaftler heraus, sich zur Rolle der Kirchen in der NS-Zeit zu positionieren.³³ Oft verrissen Historiker und Journalisten ausländische Deutungen des Nationalsozialismus – wie jene von William Shirer – als »Gruselgeschichte des Dritten Reiches«,³⁴ um ihre Hoheit über die Deutung der nationalen Identität zu wahren.

Die Politisierung und Polarisierung der Öffentlichkeit forderten die Geschichtswissenschaft ebenfalls heraus. Die *Spiegel*-Affäre 1962, die als ein Auftakt für die akademische Politisierung gilt, ließ auch die Historiker

nicht unbeeinflusst. Gerhard Ritter etwa stellte sich hier auf Strauß' Seite: Er verurteilte »den politischen Nihilismus der Sensationsblätter«, sah Analogien zu 1933 und beklagte zugleich die aktuelle, politische »Führerlosigkeit« in einem FAZ-Leserbrief, auf den Karl Dietrich Bracher kritisch reagierte.³⁵ Bereits Anfang der 1960er Jahre hatten einzelne Student*innen die NS-Vergangenheit von Eliten kritisch thematisiert. Im Zuge der 68er-Bewegung trafen diese Vorwürfe nun auch konservative Historiker. Sie sprengten etwa die Vorlesungen von Theodor Schieder und warfen ihm seine NS-Vergangenheit vor.³⁶ Auch Werner Conze wurden von Student*innen bei seiner Rektoratswahl 1970 antisemitische und völkische Zitate aus seinen früheren Schriften vorgehalten.³⁷ Ebenso wurden die Vorlesungen von Andreas Hillgruber in Freiburg und dann in Köln mehrfach gesprengt.³⁸

Diese Konfrontation mit den medienwirksamen 68er-Protesten hatte unterschiedliche Auswirkungen auf das öffentliche Agieren von Historikern. Einige intervenierten nun gegen den geforderten Umbau der Hochschulen, etwa im »Bund Freiheit der Wissenschaft« oder im »Marburger Manifest« 1968. Dies mündete in einer kritischen Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Bildungspolitik. Golo Mann, Thomas Nipperdey und andere traten in den Medien auf. Mann polemisierte sogar im Eröffnungsvortrag auf dem Historikertag 1972 gegen die angestrebten Hessischen Rahmenrichtlinien, die zum umkämpften Symbol des sozialdemokratischen Bildungsumbaus wurden.³⁹ Die 68er-Proteste sorgten bei anderen Wissenschaftlern dafür, dass sie die Öffentlichkeit angesichts der Angriffe mieden. Bei jüngeren Historiker*innen ging der Wandel der Öffentlichkeit jedoch eher mit einem verstärkten, politischen Engagement einher, sei es im Kontext der sozialliberalen Reformen ab 1969 oder gerade gegen diesen Reformgeist.

Umkämpfte Ostpolitik: Polarisierungen in den 1970/80er Jahren

Die 68er-Proteste und der Regierungswechsel von 1969 sortierten die öffentlichen, politischen Positionen vieler Professoren neu und ließen sie deutlicher hervortreten.⁴⁰ Während die Geschichtswissenschaftler bislang ganz überwiegend konservativ oder (national)liberal ausgerichtet waren und sozialdemokratische Historiker wie Georg Eckert eher Ausnahmen blieben, unterstützte nun eine jüngere, um 1930 geborene Generation offen den Kurs der SPD. Zu diesem Kreis zählten etwa Eberhard Jäckel, Hans-Ulrich Wehler, Hans Mommsen, Jürgen Kocka, Helga Grebing oder

Heinrich August Winkler sowie der etwas ältere Golo Mann.⁴¹ Einzelne Brandt-Unterstützer*innen wurden zwar mit wachsendem Alter und in Abgrenzung zum linken Reformkurs wieder konservativer, aber markant blieb die Bereitschaft zur öffentlichen Intervention. Die Politisierung vieler Historiker und nun auch Historikerinnen ging zudem mit einer Polarisierung einher.

Dies zeigte sich besonders in der Auseinandersetzung um die Ostpolitik. Als Golo Mann Anfang der 1960er Jahre in der Presse gegen Adenauers Westpolitik und für eine Verständigung mit dem Osten eintrat, war er in der Historikerzunft noch ein einsamer Mahner.⁴² Teile der CDU/CSU, aber besonders die radikale Rechte verunglimpften ihn dafür als »Verzichtler«, während die Medien und später auch Brandt ihn zu Gesprächen einluden.⁴³ Karl Dietrich Erdmann hielt dagegen. Er forderte in einer Podiumsdiskussion mit Herbert Wehner 1967 auf dem Kirchentag eine »Koexistenz« der beiden Staaten, die dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 ähnele und etwa das Recht auf Auswanderung garantierte.⁴⁴ 1972 erreichte die politische Positionierung der Zunft im Zuge der umkämpften Ostpolitik ein neues Ausmaß. Hans Mommsen, nunmehr etablierter Professor in Bochum, initiierte vor der Abstimmung im Bundestag eine Erklärung zugunsten von Brandts Ostpolitik, die immerhin 203 westdeutsche Historiker*innen und Politikwissenschaftler*innen unterzeichneten, darunter auch sieben Frauen sowie politisch und methodisch recht unterschiedlich positionierte Kollegen wie Hans-Ulrich Wehler, Thomas Nipperdey, Hans Rothfels, Karl Dietrich Bracher oder Rudolf Vierhaus sowie zahlreiche Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte. Der Text sprach von einer »historischen Entscheidung« und forderte die Bundestagsabgeordneten mit historischen Analogien zur Zeichnung der Verträge auf: »Den ›Tatsachenmut‹, den Gustav Stresemann für die Politik von Weimar forderte, gilt es mehr denn je in einer Situation zu beweisen, von der die Geschichte lehrt, dass sich in ihr nur der bewährt, der mit dem Willen zur Zukunft die Last der Vergangenheit von sich abstreift«, hieß es hier.⁴⁵

Diese Erklärung zur Ostpolitik legte zugleich eine neue politische Spaltung des Faches offen. Denn kurz darauf erschien in der Presse eine Generalklärung von sieben konservativen Historikern, darunter Werner Conze, Hans Buchheim, Hans-Peter Schwarz und Richard Nürnberger. Sie richtete sich nicht explizit gegen die Ostverträge, sondern beklagte, dass »hier politische Parteinahme durch den Fachverstand bestimmter Disziplinen gerechtfertigt werden soll«. Ebenso bezweifelten die Autoren, dass Historiker*innen »auf Grund ihrer wissenschaftlichen Zuständigkeit die historische Legitimation der dem Bundestag zur Ratifizierung

vorliegenden Ostverträge geben könnten«, denn »weder der Historiker noch der politische Wissenschaftler können dabei von ihrem Fach her Richtigkeit oder Falschheit attestieren«.46 Karl Dietrich Erdmann und Theodor Schieder monierten zudem den Bekenntniszwang, weil dadurch Historiker in »Schafe und Böcke« eingeteilt würden, was die Zunft spalte. Mit Erdmann und Conze traten nun gerade jene Historiker gegen eine öffentliche, politische Positionierung durch historische Expertise ein, die zuvor zur Stützung von Adenauers antikommunistischem Kurs durchaus historische Argumente öffentlich eingebracht hatten – einige sogar im Nationalsozialismus. Noch klarer polemisierte der konservative Würzburger Geschichtspräsident Hellmut Diwald gegen die Ostpolitik, die »das Selbstbestimmungsrecht der Völker« missachte, und legte bereits 1970 eine umfangreiche historisch-politische Streitschrift dazu vor die Bismarcks Nationalstaat prius.47

Zudem engagierten sich auch konservative Historiker nun expliziter im politischen Raum. Karl Dietrich Erdmann kandidierte 1969 als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, unterlag jedoch dem 25-jährigen Uwe Barschel.48 Werner Conze unterstützte 1972 eine Gruppe von 92 Professoren, die bei der Wahl in Baden-Württemberg für die CDU eintraten, besonders aus bildungspolitischen Motiven.49 Theodor Schieder lehnte zwar eine Unterschrift zu den unterschiedlichen Aufrufen ab, hielt aber selbst in der Provinz viele Vorträge, in denen er seine Skepsis gegenüber der Ostpolitik äußerte.50 Einige der zunächst sozialliberalen Historiker rückten zunehmend nach rechts, auch in Abgrenzung zu linksradikalen Studierenden. So warf Golo Mann der sozialliberalen Bundesregierung in zahllosen Artikeln zunehmend Versagen und Verharmlosung im Kampf gegen den Terrorismus vor und unterstützte dann 1980 den Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß.51

Die »deutsche Frage« blieb auch in den folgenden Jahren ein wichtiges Thema dieser *Public Historians*. Während Werner Conze weiter die Einheit der Nation verteidigte, diagnostizierte sein früherer Assistent Hans Mommsen in der *Zeit* eine »Bi-Nationalisierung beider Teile Deutschlands.«52 Wilfried Loth, damals ein an der Freien Universität Berlin lehrender Geschichtspräsident, betonte die Gefahren des Wiedervereinigungsdiskurses 1984 und mahnte: »Wer eine Entwicklung in Richtung Wiedervereinigung empfiehlt, [...] droht auch den einzigen Weg zu verbauen, der in absehbarer Zukunft überhaupt ein größeres Maß an Sicherheit vor einer atomaren Katastrophe verspricht.«53

Anders argumentierten weitere konservative Historiker wie Andreas Hillgruber in der FAZ, der ausmachte, die Deutschen »mußten also immer unterhalb des vom Selbstbestimmungsrecht her vertretbaren Ziels

bleiben oder sich der Gefahr aussetzen, zur Hegemonialmacht zu werden, die die Gegenkräfte in Europa wachrief«. ⁵⁴ Die deutsche Nation erschien in diesem Interpretationsrahmen seit dem 19. Jahrhundert als Opfer ängstlicher Nachbarstaaten. Hillgrubers Nationsverständnis war sicherlich auch biographisch geprägt. Noch 1989 antwortete der in Ostpreußen aufgewachsene Historiker in der FAZ auf die Frage »Ihr größter Traum vom Glück?« mit: »Ein Leben im deutsch gebliebenen Ostpreußen, in Königsberg«. ⁵⁵

Sowohl die NS- und Kriegserfahrung als auch die deutsche Teilung politisierten diese jüngere Generation von Historiker*innen, die diese Zeit als Jugendliche erlebt, in der entstehenden Demokratie studiert und in den 1960/70er Jahren ihre ersten Professuren erhalten hatten. Wie spätere Interviews mit ihnen deutlich machten, sahen besonders linksliberale Historiker*innen ihre Zunft in einer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung. Hans Mommsen betonte, die Geschichtswissenschaft »hat gerade nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur und dem Scheitern der Weimarer Demokratie die Aufgabe, einem Rückfall der deutschen politischen Kultur in autoritäre und nationalistische Denkhaltungen durch historische Aufklärung entgegenzutreten«. ⁵⁶ Hans-Ulrich Wehler betonte, »Historiker sollten auch politisch zu den Positionen stehen, die sie in der Wissenschaft vertreten«, ⁵⁷ und »nicht schweigen, wie es ihre Eltern getan hätten«. In dem Sinne verteidigte Wehler später sogar Treitschke, denn dieser »machte keinen Hehl aus seinen politischen Erkenntnisinteressen«. ⁵⁸ Der konservative Historiker Michael Stürmer, der in den 1980er Jahren als Berater von Helmut Kohl und regelmäßig als Kolumnist aktiv war, betonte in der gleichen Interviewreihe nicht minder deutlich: »Die Geschichtswissenschaft ist eine politische Wissenschaft«. ⁵⁹ Etwas anders akzentuierte Heinrich August Winkler das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik: »Wenn ich in politische Auseinandersetzungen eingreife, tue ich es als Staatsbürger, der, verglichen mit anderen, vielleicht ein paar Argumente mehr der Geschichte entnimmt. Doch das ist ein politisches Engagement.« ⁶⁰ Bei allen politischen Differenzen einte diese Generation das Engagement, öffentlich (geschichts-)politische Positionen zu vertreten.

NS-Geschichte und Holocaust als öffentliche Herausforderung

Seit Ende der 1970er Jahre kam es zu einem Boom öffentlicher Geschichtsdarstellungen. Dabei rückte der Holocaust zunehmend ins Zentrum der Debatte, aber auch zahlreiche weitere Themen, bei denen es um eine

grundsätzliche Bewertung der deutschen Vergangenheit ging. Wieder setzten Journalist*innen entscheidende Akzente, die Historiker*innen herausforderten: seien es Joachim Fest und Sebastian Haffners erfolgreiche Werke zu Hitler oder das Fernsehen mit zahlreichen Dokumentationen und der erfolgreichen, fiktionalen Mini-Serie *Holocaust*. Zeitzug*innen entwickelten sich dabei zu einer omnipräsenten, medialen Konkurrenzfigur der Zeithistoriker*innen.⁶¹ Ähnlich wie bei der ersten medialen Geschichtswelle um 1960 förderte diese Konstellation Medienauftritte von Historikern und zunehmend auch Historikerinnen, selbst in Fernsehdiskussionen und -dokus. Erneut betonten viele Historiker zwar, es sei alles längst erforscht und medial nur trivialisiert dargestellt. Tatsächlich setzte diese *Public History* jedoch auch eine Agenda für künftige Forschungen seit dem Ende der 1970er Jahre.

Rechtsradikale Publikationen erhöhten den Druck auf Historiker*innen, sich öffentlich zu positionieren. Bereits Anfang der 1960er Jahre hatten die Publikationen des US-Historikers David L. Hoggan dafür gesorgt, dass sich Historiker öffentlich gegen seine verklärende Deutung stellten, die Schuld am Zweiten Weltkrieg liege bei den Westalliierten.⁶² Mit dem Anwachsen der Literatur der Holocaust-Leugner zur angeblichen Kriegsschuld der Westalliierten und Hitler-Verklärung seit Ende der 1970er Jahre nahm das öffentliche Bedürfnis zu, abgrenzende Aufklärung zu betreiben.⁶³ Welche Deutungen der deutschen Vergangenheit jeweils öffentlich und wissenschaftlich noch als legitim galten, geriet im Generationswechsel um 1980 in Bewegung. Dies zeigte das Beispiel des Erlanger Geschichtsprofessors Hellmut Diwald, der im Fernsehen und in der Presse vielfältig medial präsent war. Mit dem ZDF hatte er 1977 sogar eine 13-teilige Serie zu großen Deutschen produziert, da, so der verantwortliche Fernsehhistoriker Wolfgang Venohr, die Geschichte an den Universitäten unter »starken neomarxistischen Einflüssen« verkümmere und »öd und entmenschlicht« geworden sei.⁶⁴ Diwalds parallel dazu publizierte *Geschichte der Deutschen* stieß nun jedoch durch ihre Relativierung der NS-Verbrechen auf harte öffentliche Kritik.⁶⁵ Wie bei späteren Debatten um die Publikationen von David Irving oder Karl-Heinz Weißmann entwickelte sich aus der Kritik an Diwald eine öffentliche Auseinandersetzung um die Quellenanalyse, die korrekte Zitation und den Nachweis von NS-Verbrechen.⁶⁶

Dieses neue öffentliche Ringen um eine Deutung des Nationalsozialismus in den Jahren um 1980 bildete den Ausgangspunkt für den Historikerstreit von 1986. Wenngleich dieser wissenschaftlich weitgehend als unergiebig gilt, ist seine geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Rolle unbestreitbar. So lässt sich am Beispiel des Historikerstreits in mehrfacher

Hinsicht das öffentliche und politische Engagement der Historiker ausmachen. Er war eine politische Auseinandersetzung, bei der sich linksliberale Historiker und Intellektuelle gegen die befürchtete konservative Wende positionierten, und insofern eine »Stellvertreterdebatte«: Hier verhandelte die in den Jahren um 1930 geborene und zuvor politisierte Generation ihre Deutung der nationalen Identität, die stark von persönlichen Erfahrungen geprägt war.⁶⁷ Wie zuvor gaben die Medien stark den Takt der Debatte an und leitende Journalisten agierten selbst als Akteure in dem oft polemischen Gefecht, in dem um geschichtspolitischen und öffentlichen Einfluss gerungen wurde, was die Zunft in zwei Lager teilte.

Die späteren öffentlichen Debatten über die Wehrmachtsausstellung oder die Studie »Das Amt und die Vergangenheit« wiesen strukturelle Ähnlichkeiten zum Historikerstreit auf. Erneut kam es zu einem Zusammenspiel bestimmter Journalisten und Historiker. Es ging zwar offiziell um handwerkliche Fehler, aber zumindest ebenso sehr um eine unterschiedlich politisch gefärbte Deutung der Vergangenheit, wenn der Grad der aktiven Beteiligung der Wehrmacht und des Außenministeriums an NS-Verbrechen verhandelt wurde.⁶⁸ Stärker noch als beim Historikerstreit führte der Kampf um einzelne Quellenzitate (wie Noltes »Rattenkäfig« 1986) nunmehr jedoch zu weiterführenden und eher nüchternen Forschungen, etwa zur Gewalt im Ostfeldzug oder zur Rolle der Ministerien im und nach dem Nationalsozialismus. Durch diese intensivierte öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezogen in den 1990er Jahren mehr Historiker und Historikerinnen als Expert*innen Position in den Medien. Die politische Dimension von Debatten flammte auch in späteren Kontroversen der 2010er Jahre auf, etwa als erneut öffentlich über die Kriegsschuld 1914 oder die koloniale Gewalt und den Rassismus gerungen wurde.

Historikerinnen in männlichen Strukturen

Die Historiker, die öffentlich Position bezogen und Gehör fanden, waren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten fast ausschließlich Männer. Denn auch die bundesdeutschen Geschichtspräsidenturen waren lange fast nur männlich besetzt: 1964 erhielt erstmals eine Frau eine ordentliche Professur im Fach Geschichte, und noch 1977 gab es nur 16 Geschichtspräsidenturen in der Bundesrepublik (4%). Selbst in der DDR stieg der Anteil der Geschichtspräsidenturen bis 1989 nur auf fünf Prozent, so dass die deutsche Einheit hier keinen gesamtdeutschen Wandel bescherte.⁶⁹ Dies bremste die Interventionsmöglichkeiten von Historikerinnen, da die

Reputation einer Professur öffentliche Positionierungen grundsätzlich erleichterte. In den Sozialwissenschaften hatte sich dagegen schon früher ein Wandel abgezeichnet, wo einzelne Professorinnen wie Renate Mayntz, Elisabeth Noelle-Neumann oder Rita Süßmuth auch im öffentlichen und politischen Raum seit den 1960/70er Jahren Akzente setzen konnten.

Auch im Ausland erlangten Historikerinnen bereits früher eine öffentliche Sichtbarkeit, die mitunter bis in die bundesdeutsche Öffentlichkeit strahlte. Wenn die Medien Historikerinnen erwähnten, was selten der Fall war, kamen diese bis in die 1990er Jahre hinein meist aus anderen Ländern. So zitierte der *Spiegel* 1985 eine brasilianische und 1991 eine argentinische Historikerin, um die dortige Kooperation von Kirche und Diktatur zu erklären.⁷⁰ 1985 erwähnte der *Spiegel* die Ost-Berliner Historikerin und Friedrich II.-Biographin Ingrid Mittenzwei an⁷¹ und 1998 die New Yorker Historikerin Marion Kaplan zur Holocaust-Forschung an.⁷² Ein zumindest tendenziell ähnliches Bild ergibt eine Auswertung der Wochenzeitung *Die Zeit*. Das Blatt berichtete etwa über ausländische Historikerinnen, die vielbeachtete Werke zur britischen Appeasement-Politik verfassten (Margaret George 1966)⁷³, zum Ersten Weltkrieg (Barbara Tuchmann 1963)⁷⁴ oder über Europas Diktatoren (Elisabeth Wisemann 1966).⁷⁵ Die letztgenannten schrieben ihre Geschichtsbücher zwar oft als Publizistinnen ohne akademische Posten, da sie aber zu politischen Schlüsselthemen publizierten, erreichten sie eine große internationale Öffentlichkeit. In der Bundesrepublik wurden sie jedoch von männlichen Lehrstuhlinhabern öffentlich bewertet, während eigene Leitartikel oder Interviews dieser Frauen weitgehend ausblieben.

Auch Vertreterinnen der Geschlechtergeschichte betonten im Rückblick den sehr männlichen Charakter der großen Debatten bis in die 1990er Jahre. Die männlichen Historiker hätten, so Hanna Schissler, nicht einmal wahrgenommen, dass es auch einen Historikerinnenstreit gegeben habe, bei dem 1989 insbesondere Gisela Bock und Claudia Koonz die Handlungsräume von Frauen im NS debattierten.⁷⁶ Ebenso bilanzierte Claudia Opitz-Belakhal, dass Historikerinnen öffentlich meist nur zu spezifisch frauengeschichtlichen Themen gehört worden seien.⁷⁷ Neben der Diskriminierung von Frauen dürfte auch die Themenstruktur der medialen Öffentlichkeit dazu beigetragen haben, dass Historikerinnen in den 1980/90er Jahren weniger Aufmerksamkeit fanden. Viele Frauen präferierten neue, durchaus wegweisende Ansätze aus der Alltags- und Kulturgeschichte, auch, um so die Geschichte von Frauen sichtbarer zu machen.⁷⁸ Die breitere Öffentlichkeit rezipierte dies wegen eines verengten Politikbegriffes jedoch kaum. Die von Historikerinnen aufgearbeitete Alltagsgeschichte reduzierten Medien oft auf kuriose Befunde, besonders im